Kantonsrat Zürich | Parlamentsdienste

Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 15. Mai 2026

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 18. Mai 2026
Fokusthema: **Bauen**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach dem Erlass des Gesetzes über die Bereitstellung von Grundstück- und Gebäudedaten und der Bewilligung eines Objektkredits darüber befinden, ob für Baubewilligungen künftig verkürzte Fristen gelten sollen. Anschliessend befasst sich der Rat mit der Abschreibung von drei Postulaten sowie mit zwei Einzelinitiativen und zwei parlamentarischen Initiativen.

Bereitstellung einer neuen Plattform für Grundstück- und Gebäudedaten
Daten zu einem Gebäude oder Grundstück sollen künftig einfacher und rascher verfügbar sein. Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das neue «Gesetz über die Bereitstellung von Grundstück- und Gebäudedaten (GBGG)» zu erlassen (5984). Das Gesetz ermöglicht, gebäude- und grundstücksbezogene Daten auf einer zentralen Plattform bereitzustellen, und regelt die Datenlieferung, Datenverknüpfung, Datennutzung und Zuständigkeiten. Dies soll sich unter anderem positiv auf die heute teilweise mangelnde Datenqualität auswirken.

STGK-Präsidentin: Priska Lötscher (SP, Winterthur), priska.loetscher@spwinti.ch

7,5-Millionen-Kredit für Radweg, Busspur und Bushaltestellen in Dübendorf
Einstimmig beantragt die KPB, den Objektkredit über 7,5 Millionen Franken für verschiedene Verkehrsprojekte in Dübendorf zu genehmigen (6027). Konkret geht es um den Neubau eines Radwegs entlang der Gockhauserstrasse im Abschnitt Ursprungstrasse bis Sonnentalkreuzung, eine neue elektronische Busspur im Abschnitt Herrenweg bis Neue Stettbachstrasse und den hindernisfreien Ersatzneubau der Bushaltestellen Kämmaten. Das Projekt umfasst ausserdem die Realisierung einer Reihe von aufgeschobenen Massnahmen, die etwa in den Bereichen Kanalisation, öffentlicher Verkehr und Hochwasserschutz von hoher Dringlichkeit sind.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Keine kürzeren Fristen in Baubewilligungsverfahren
An den Fristen für Baubewilligungen soll sich nichts ändern. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, nicht auf die Änderung des Planungs- und Baugesetzes (PBG) betreffend «Verkürzte Fristen im Baubewilligungsverfahren» einzutreten (6010). Aus Sicht der KPB-Mehrheit würde eine Verkürzung der Behandlungsfrist auf drei Monate nicht zu effizienteren Verfahren führen, wie das gewünscht wäre. Sie möchte daher bei der Frist von vier Monaten bleiben. Die Kommissionsminderheit (SVP, FDP) hält die Verkürzung für eine wirkungsvolle Massnahme zur Verfahrensbeschleunigung. Die SVP-Fraktion beantragt, auf die Vorlage einzutreten und sie an die Kommission zurückzuweisen.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15
Minderheit: Barbara Grüter (SVP, Rorbas), 079 329 58 83

Postulate zu Biodiversität, Bienen und Gewächshäusern sollen abgeschrieben werden
Unumstritten wird am Montag die Abschreibung von drei Postulaten sein. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt einstimmig, das Postulat von EDU, SP, GLP, Grünen, EVP und AL betreffend «Mehr Biodiversität entlang von Velowegen, Strassenbegleitflächen und Lärmschutzwänden» als erledigt abzuschreiben (KR-Nr. 238/2021). Mit dem Vorstoss wurde um das Aufzeigen von Biodiversitätsmassnahmen entlang von Verkehrsflächen ersucht. Der Regierungsrat legte dar, wie er das Anliegen bereits umsetzt. Ebenfalls einstimmig beantragt die WAK, das Postulat von AL, FDP, GLP und Grünen betreffend «Förderung der Dunklen Biene» als erledigt abzuschreiben (KR-Nr. 439/2020). Mit dem Vorstoss wurde die Prüfung von Massnahmen für die Förderung der einheimischen Honigbiene gefordert. Der Regierungsrat hielt fest, dass die auch als Nutztier gehaltene Dunkle Biene nicht akut vom Aussterben bedroht ist. Eine Erhöhung des Anteils gehaltener Dunkler Bienen sei aber wegen der in den Beständen zu erwartenden Hybridisierung nicht zielführend. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat betreffend «Förderung von Gewächshäusern für eine ökologische Produktion regionaler Lebensmittel» (KR-Nr. 27/2022) als erledigt abzuschreiben. Mit diesem forderten FDP, SVP, Grüne und Mitte eine gesetzliche Grundlage, um in der Richt- und Nutzungsplanung Standorte für CO_2-neutral beheizte Gewächshäuser zur Gemüse- und Früchteproduktion festlegen zu können. Der Regierungsrat anerkannte in seiner Antwort auf das Postulat, das ursprünglich als Motion eingereicht worden war, das Anliegen, raschere Verfahren und mehr Planungssicherheit für Gesuchstellende zu schaffen. Er erläuterte in seiner Antwort, dass dies im bestehenden Rechtsrahmen möglich sei und liess in der Folge entsprechende Optimierungsmöglichkeiten durch die zuständigen kantonalen Ämter ausarbeiten.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28
KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Einzelinitiativen zum Vogelschutz und zu einer Unterführung in Uster sollen abgelehnt werden
Keine lange Diskussion dürfte es bei der Behandlung von zwei Einzelinitiativen (EI) geben, die der Kantonsrat vorläufig unterstützt hatte. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt einstimmig, die EI des Grünen-Altkantonsrates Robert Brunner abzulehnen (KR-Nr. 367/2023). Mit dieser wurde gefordert, dass einzig Kormoran, Rabenkrähe und die verwilderte Haustaube zu den jagdbaren Vogelarten zählen sollen. Die Kommission folgt damit dem Antrag des Regierungsrates. Dieser hat einen Teil der Forderungen auf Verordnungsstufe bereits umgesetzt. So wurden Eichelhäher, Türkentaube und Elster von der Liste der jagdbaren Arten entfernt. Zudem wurde die Bejagung von Wasservögeln in verschiedenen Lebensräumen von nationaler Bedeutung und Feuchtgebieten von überkommunaler Bedeutung untersagt. Ebenfalls einstimmig zur Ablehnung beantragt die Kommission für Planung und Bau (KPB) die EI einer Person aus Uster betreffend die Ausarbeitung einer kreditschaffenden Vorlage für die Erstellung einer Unterführung Winterthurerstrasse in Uster (5817). Mit der Initiative wird gefordert, dass der Kanton die Finanzierung und Projektierung der Unterführung übernimmt. Die KPB unterstützt dasAnliegen. Sie folgt jedoch der Argumentation des Regierungsrates, dass der Kanton bei der Ausarbeitung eines entsprechenden Projekts unter Federführung der SBB bereits weit fortgeschritten ist. Die Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates verknüpfte die Kommission ausdrücklich mit der Erwartung, dass das Projekt im Hinblick auf die Realisierung zusammen mit dem Doppelspurausbau der SBB priorisiert wird.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28
KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Interessen von Landwirtschaft und Naturschutz sollen besser berücksichtigt werden
Sollte der Kantonsrat vor Sitzungsende dazu kommen, wird er sich noch mit verschiedenen parlamentarischen Initiativen (PI) beschäftigen. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt einstimmig, zwei die Landwirtschaft betreffende PI abzulehnen. Mit den PI der SVP-

Kantonsräte Paul Mayer und Daniel Wäfler wurden einerseits eine gesetzliche Pflicht zum Werterhalt von Drainagesystemen (KR-Nr. 243/2022) und andererseits ein Verbot der Abtragung der Kulturschicht von landwirtschaftlichen Böden (KR-Nr. 244/2022) gefordert. Statt die beiden PI weiterzuverfolgen, hat die WAK zwei fraktionsübergreifend unterstützte Kommissionsvorstösse eingereicht. Sie will den Interessensausgleich zwischen der produzierenden Landwirtschaft und dem Naturschutz gewährleisten und fachliche Grundlagen dafür aufbereiten. Die beiden Vorstösse wurden vom Kantonsrat bereits überwiesen.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der Traktandenliste aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Romaine Rogenmoser, Kantonsratspräsidentin, 079 427 11 17
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch